

Die Sächsische Zeitung

Landeszeitung für die Provinz Sachsen

Nr. 72. für Anhalt und Thüringen. Jahrgang 199.

Zweite Ausgabe

Dienstag, 13. Februar 1906.

Geschäftsstelle in Halle a. S., Leipzigerstr. 87, Hinterhaus.
Telephon 159; Redaktion Telephon 172. Eing. Nr. Straußaustr.
Verantwortl. Red. Walter Gebhardt in Halle a. S.

Geschäftsstellen in Berlin Dessauerstr. 14.
Telephon-Nr. 114 494.
Druck und Verlag von Otto Ziehe in Halle a. S.

Deutsches Reich.

Halle a. S., 13. Februar.

*** Deutsch-Ostafrika.** Der Gouverneur Graf v. Sögen telegraphiert aus Dar-es-Salaam folgendes: Die allgemeine Lage ist jetzt fast ständig. Die Marineinfanterie außer dem Detachement Wapupa und Wlana reiste am 9. Februar heim. Die Mude in den Bezirken Süd-Morogoro, Kilwa, Mohoro, Uvdi, Songea und Irina wird bis zur vollständigen Unterwerfung durch feste Posten aufrecht erhalten. In Nord-Madagaskar zwischen Nuaa und Wlana befindet sich noch ein größerer Aufstand. Der bisher wegen ungenügender Nachschau noch unberührt blieb. Die Kolonnen der Infanterie, Kavallerie, Artillerie und Jäger sind durch die Zusammengehörigen von Dar-es-Salaam abgeholt. Major Freiherr v. Schleinig kehrte nach Dar-es-Salaam zurück.

*** Das neue Kabinett in Italien und die deutsche Presse.** Gegenüber einem Telegramm des „Berliner Tageblattes“ aus Rom, nach dem die „Corriere“ zufolge die deutsche Presse dem Kabinett Sonnino eine schlechte Aufnahme bereitet haben sollte, was in Rom um so peinlicher berührt, als Sonnino seit Jahren als unerlöschlicher, absoluter Freund des Dreieiniges bekannt ist, bemerkt die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“:

„Sonnino wie die deutsche Presse verfolgt haben, ist das neue italienische Kabinett bei uns in der öffentlichen Meinung durchaus günstig aufgenommen worden. Unfreundliche Bemerkungen können wir uns nicht erlauben. Es scheint wieder einmal die tendenziöse Berichterstattung die Hand im Spiele zu haben. Wir möchten unsere italienischen Freunde vor dieser Tendenzmache warnen.“

*** Vom Kaiserpaar.** Sonntag Abend waren bei Ihren Majestäten zum Vergeben: Romuald Bißhof und Frau, Herr und Frau v. Grunelius aus Frankfurt a. M. und Oberhofmeister v. D. Graf Seckendorff. Montag morgen unternahm der Kaiser den gewohnten Spaziergang, sprach beim Reichsanwalt vor und hörte im königlichen Schloß den Vortrag des Chefs des Zivilministeriums.

*** Der Verfassungskonflikt.** Die Nachricht eines kürzlich erfolgten, daß Graf von Arnim, Chef der Standesherrschaft Wustau, die Verfassung habe, wird vom Grafen Arnim als vollständig unbegründet bezeichnet.

*** Aber das Befinden des Großherzogs von Ansburg** wurde am Montag folgendes Bulletin ausgeben:

„Bei der Ausgabe des letzten Bulletins ist in dem Befinden des Großherzogs eine erhebliche Besserung zu verzeichnen, die geistigen Funktionen sind vollkommen klar und der Großherzog nimmt an allem, was ihm vorgeht, regen Anteil. Die Beweglichkeit hat sich wieder soweit eingestellt, daß der Großherzog beim Gehen nur mehr geringer Stütze bedarf. Der allgemeine Kräftezustand hat sich gebessert, es ist täglich drei bis vier Stunden außer Bett verbracht worden. Die Nahrungsaufnahme ist im allgemeinen eine genügende, der Schlaf ist befriedigend.“

*** Das Staatsministerium trat am Montag unter dem Vorsitz seines Präsidenten, des Fürsten v. Helldorf, zu einer Sitzung zusammen. Wie die „Nord. Allg. Ztg.“ hört, wird sich dieser Sitzung des Staatsministeriums wahrscheinlich heute (Dienstag) ein Memorandum unter dem Vorhange des Königs anschließen, der über mehrere innere Fragen, wie die Heimarbeit, Dünemerkungspolitik zu beraten wird.**

*** Der bisherige preussische Gesandte bei den Kaiserhöfen, Staatssekretär von Tschirsky und Wogenhoff, hat am Montag dem Senat in Bremen sein Abschiedsreiben überreicht, an den feierlichen Akt schloß sich ein Festmahl.**

*** Der König von Dänemark empfing am Montag vormittag den neuen deutschen Gesandten Grafen v. Gendel von Donnermarkt.**

*** Die Handelsvertragsverhandlungen mit den Vereinigten Staaten.** Dem „N. Y.“ wird aus New-York gemeldet: Zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten von Amerika ist ein Handelsvertrag nicht zustande gekommen. Statt dessen solle zunächst ein Provisorium abgeschlossen werden. Die amerikanische Regierung werde gewisse Verbesserungen in der Zollbehandlung zugeben. Deutschland gemäß den Vereinigten Staaten den vollen deutschen Konventionstarif schließlich gegen die bisherigen amerikanischen Zollsätze in Section III des Dünkel-Tarifs. Das Provisorium sollte sich auf ein Jahr erstrecken. — Wie hören aus guter Quelle dazu legen, so bemerkt die „Allg.“, daß diese Regelung zum mindesten sehr verfrüht ist und daß besonders über die Einzelheiten eines möglicherweise abzuschließenden Provisoriums noch nichts bestimmt sei.

*** Die Budgetkommission des Abgeordnetenhauses legte am Montag die Beratung des Gesetzes über das Ordinarium vor. Das Ordinarium wurde erledigt. Bei dem Ziel der Budgetkommission eine Anzahl Amtsverordnungen im Sinne der Beamten geändert worden. Der Ministerial-Direktor bemerkt, daß die Stationen, die Beamten bislang nicht befähigt waren und jetzt in die etatsmäßigen Stellen eintraten, sind jetzt in dem dem zu verbleibenden Urlaub des Ministers die Union der Beamten nicht tragen würden und den Amtscharakter als Beamten erhalten werden. Der Minister machte Mitteilung über die Frage, die Eisenbahnverwaltung für Steinböfen und**

Steinböfen-Betriebes stellt. Die Preise seien in Sachsen und Ober-Sachsen eine geringe Steigerung auf, im übrigen eine kleine Ermäßigung resp. Beibehaltung des bisherigen Preises. Mit dem Kohlen-Subsidium ist ein Vertrag auf zwei Jahre mit dem Recht des Rücktritts nach einem Jahre abgeschlossen. In Österreich auf zwei Jahre ohne Rücktritt. Die Kohlen-Eisenbahn auf drei Jahre. Abhilfe mit den staatlichen Bergwerksabteilungen werden demnach erfolgen. Der Verbrauch an Holzmaterial hat sich von 1896 bis jetzt in folgender Weise entwickelt: 1896 21 Mio., in den folgenden Jahren 25, 26, 21, 30, 32, 48, 44, 40 Mio. Erheblich zugenommen hat der Verbrauch an Braunkohlen, die alle aus dem Inlande bezogen sind. Unter Berücksichtigung der von der Eisenbahn gemachten Bestimmungen und des Abgangs an auskultantierendes Holz werden am 31. Oktober 1906 gegen das Vorjahr mehr zur Verfügung stehen: 18 789 Wägen; davon 12 000 eigene Wägen, und unter Berücksichtigung der hierzu benötigten 20 Millionen Kubikmeter Holz die Zahl der 12 000 eigenen Wägen noch um 900. Eine Revision des Holzlage wegen Unterbringung der Holzbohrer wurde der Regierung als Material überlassen, da hieraus resultiert, daß die Wägen der Eisenbahnverwaltung voraussichtlich mit denen der Foresten zusammenfallen.

*** Der preussische Arbeiter-Delegiertenrat** nahm am Montag, nachdem der Abgeordnete Söcher über die Forderung eines Reichsberufes berichtet hatte, einen Beschluß an, der besagt, der Arbeiterkongress solle daran festhalten, daß die Arbeiter sich nicht geschloffen werden dürfen, damit neben der Regelung der Arbeitsfrage für die Arbeiter im ganzen Reich ein genügender Schutz geschaffen und auch das Anknüpfungsrecht in dem Sinne reformiert und einheitlicher geregelt werde, wie es im Herbst 1905 der preussische Arbeiterkongress in Berlin beschlossen habe. Falls jedoch die Regierung abgeneigt sei, ein einheitliches Reichsberufes zu schaffen, so erübrigt der Arbeiterkongress die Regierung und den Reichstag, die Gewerbeordnung noch in dieser Session so zu ändern, daß zum Schutz der Arbeiter eine Anzahl nach beiderseitigen Wünschen über die Arbeitszeit, Arbeitsstunden, Pausen, Gehälter, Ferien, Wohnungen, Grubenkontrollen, Arbeitsaufsicht und ihre Verfassung, Reform des Anknüpfungsrechts, Schiedsgerichte für Streitigkeiten und Einrichtung von Berufsbüros für alle Gewerbe usw. erlassen werden. — Im weiteren Verlaufe referierte Effer über die Vorlage und schloß eine Resolution vor, in der eine allgemeine Lohnregulierung gefordert wird. In der Diskussion kam ein Antrag hinzu, die Forderung der Arbeiter auszusprechen zu übergeben, die sie den einzelnen Gewerkschaften übermitteln sollen. Die Delegierten des alten Verbandes sprachen sich dagegen aus; daraufhin wurde eine Kommission zur Abänderung der betreffenden Resolution eingesetzt. Die Kommission arbeitete zwei Resolutionen aus, deren erste die Forderung einer allgemeinen Lohnregulierung enthält unter Hinweis auf die verbesserten Lebensbedingungen der Arbeiter, die den Gewerkschaften und schließlich Erziehung eines Minimallohnes und zur Erreichung desselben die Stärkung der Organisation empfiehlt. Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Die zweite Resolution beauftragt die Arbeitervereine, in diesem Sinne bei den Gewerkschaften vorzutreten und sich zu bemühen, die Forderungen der Arbeiter, wo keine Gewerkschaften bestehen, die Wohlgeleitete Kommissionen, die mit dieser Aufgabe zu betrauen seien. Diese Resolution wurde von den christlichen Gewerkschaften, dem Christlich-Sozialen Gewerkschaften und dem Verein zur gegenseitigen Hilfe angenommen, während der alte Verband und der politische Verein die Ausführung der Forderungen dieser Resolution für sich ablehnten. Zum Schluß wurde ein Antrag eingebracht, die betreffenden Organisationen zu veranlassen, der Arbeiterkongress überließ es den Organisationen, hierzu Stellung zu nehmen.

Deutscher Reichstag.

41. Sitzung am 12. Februar 1906, 11 Uhr.
Am Bundesratspräsidenten: Graf P. v. Bismarck.
Im Reichstag: Graf P. v. Bismarck.
In dritter Beratung wird die Vorlage zum Gesetz über die freiwillige Gerichtsbarkeit ohne Debatte angenommen.

Darauf folgt das Gesetz die zweite Beratung des Entwurfs des Reichsgesetzes über die Erneuerung des Reichsgerichts. (S. 1.)

Abg. Stadthagen (Soz.): Ich möchte den Gedanken nicht aufkommen lassen, als sei die Versicherungsfrage etwas anderes, als eine verbesserte Armenpflege — die jetzige Gesetzgebung ist ein vollständig ungenügender Teil der Verbesserung der Lage der Arbeiter. Die Armenpflege wird dadurch beinahe vollständig auf die Schultern der Arbeiter gelegt werden. Von einer Dankbarkeit der Arbeiter für diese Gesetze, von einem Wohlwollen der herrschenden Klassen gegenüber den Arbeitern kann keine Rede sein. Nicht ein Gedanke der Versicherungsgesetze ist das Werk der bürgerlichen Parteien, wir haben schon früher viel mehr verlangt. Redner polemisiert sodann gegen das Zentrum und weist dem Großgrundbesitzer vor, daß dieser Vorteile von dem Gesetz habe, während der Bauer nur Kosten zu tragen habe. (Abg. v. Anstorf: Die zentralen den Bauern ist) Man tritt nun den Arbeitern nach die Selbstverwaltung in den Krankenversicherungen, statt diese Klassen zu schützen, werden sie am Emporkommen gehindert. Dieses ganze Vorgehen unterstützt nur die bürgerlichen Elemente. Es herab zu werden überall ein Mittelstreifen gegen die Selbstverwaltung der Arbeitenden, von den Behörden unterstützt. Wenn die Bezüge 7000-8000 Mark als ein durchaus mäßiges Gehalt angesehen werden, verstehen die Herren, daß in Preußen nur 1,5 Prozent der Steuerzahler mehr als 6000 Mark Einkommen beziehen. Beim Verzeßteil in Preußen hatte sich die Vergütungskommission der Erziehung schuldig gemacht, aber kein Staatsanwalt ist mit ihm. (Abg. v. Anstorf: In der Verhandlung der Verzeßteilfrage hat sich nicht an den Abg. Dr. Deumer (Soz.) mit einer Frage wendet, unterbrecht ihn.)

Präsident Graf v. Bismarck: Ich bitte Sie, keine Zweifelsprüche zu führen.
Abg. Stadthagen (fortfahrend): Wie die Abgeordneten sich so laut unterhalten, daß ich es hier höre, so muß ich darauf eingehen.

Präsident Graf v. Bismarck: Was hier im Saale gesprochen wird, geht Sie nichts an. Sie halten Ihre Rede, und damit basta! (Schallende Beifälle.)

Abg. Stadthagen (fortfahrend) spricht weiter über das Krankenversicherungsrecht. Die Herren gegen die bürgerliche Gesellschaftsordnung begreifen, nehmen man sofort fest, aber diejenige, die fortgesetzt Verbrechen gegen das Leben und die Gesundheit der Arbeiter begangen, lasse man in dem heutigen Klassenstaat unbeliebig laufen.

Abg. Dr. Deumer (Soz.): Ich habe seit meinem sechsten Jahre körperlich schwer gearbeitet. Wenn die Eisenindustrie in Preußen und Sachsen die Arbeiter ausgenutzt hätte, dann hätte die Arbeiter nicht die Meistereiwerk ausüben können, die in der Bismarck'schen Ausstellung waren und deren Wert Abg. Hübner selbst anerkannt hat. Die Verdienste der Ledner und Unternehmern haben durch die Regierung nicht die nötige Anerkennung gefunden. Das wäre um so mehr angebracht, als das gute Verhältnis zwischen deutschen Ingenieuren und Arbeitern bekannt ist. Die Eisen- und Stahlindustrie hat vor einiger Enquete die Arbeitervereine, Redner wendet sich gegen die Behauptungen des Abg. Hübner über die ungenügende Ausübung der Sozialisten in der Eisenindustrie und weist darauf hin, wie diese durch nichts gerechtfertigten Behauptungen Unzufriedenheit in die Arbeiterkreise tragen und nebenbei die Verhandlungen des Reichstages erschweren, denn der Etat würde doppelt so schnell erledigt werden, wenn nicht so viel Zeit mit der Wiederholung der vom sozialdemokratischen Seite behaupteten Unrichtigkeiten verloren werden müßte. Unter Hinweis auf die tatsächlich gezahlten Löhne wiederlegte er insbesondere die Behauptung des Metallarbeiterverbandes, daß die Krupp'schen Löhne wahre Güternormen seien. Daß es bei Krupp nicht gar so schlecht sein kann, zeige das fähige Verhalten seiner Arbeiter. Der vom deutschen Metallarbeiterverband her industrielle angelegene Zeitvertrag sei nur deshalb abgeschlossen, weil die Eisenindustrie sich zu manigfaltig um, um sich in eine Schablone pressen lassen, da sie nicht auf sich beschränken, sondern bis neunzig und noch mehr Arbeiterkategorien habe. Wir stehen auf dem alten Grundsatze, daß jeder, der behauptet, der Herr könne durch etwas anderes als durch eigene Arbeit, eigenen Fleiß und eigenes Verdien weiterkommen, ein Schwärmer sei. (Sehr richtig!) (Sehr laut bei den Soz.) Das ist meine! Aus diesem Grunde halte ich die Sozialdemokratie für den größten Schandfleck Deutschlands. (Beifall.)

Geheimrat Caspar führt aus, daß eine Stelle der Rede des Staatssekretärs Grafen P. v. Bismarck vielfach nicht verstanden worden sei. Der Staatssekretär habe, als er die Meinung meide, umso Industrie veranlaßt die Kräfte nicht zum mindesten unter Arbeiterkreise, damit keineswegs die Verdienste unserer Ledner und Ingenieure herabzusetzen sollen.

Abg. D. Stöcker (Nicht-Soz.): Die ganze Gesetzgebung hat leider die nach der kirchlichen Postfach verheißene Verbesserung nicht gebracht. Weite Kreise der Arbeiterklasse haben die soziale Gesetzgebung noch nicht gewürdigt. Es ist ja gewiß, daß es uns die Sozialdemokratie immer macht, die Geschichte der letzten Jahre schlecht zu bezeichnen. Aber man muß doch die Sozialdemokratie unterscheiden von den arbeitenden Klassen! Die Sozialdemokratie braunbräunlich und legt fortwährend auf, sie ist nicht fähig zur Anerkennung dessen, was für die Arbeiterarbeit geschehen ist. Aber sie hat nicht einmal den Mut, ihre Konzeptionen durchzuführen. Sie predigt Revolution, aber scheidet sich vor der Zeit. Wer der 21. Januar nicht ein Zurückgehen auf noch links, (Sehr richtig!) (Sehr laut bei den Soz.) Das ist meine! Sie hat im Grunde haben, daß damals den Staatlich gegen zur sozialen Gesetzgebung. Es ist in Deutschland viel geheißen auf diesem Gebiete, das müssen auch die Herren auf der Linken anerkennen. Ich bin dem Staatssekretär Grafen P. v. Bismarck dankbar, daß auch er einen gewissen Fortschritt auf sozialen Gebiete nur von einer christlich-nationalen Weltanschauung erwartet. Der Sozialdemokratie gegenüberstellen. Die Opfer der russischen Revolution fallen auf des Konto der Sozialdemokratie. (Sehr. Widerspruch bei den Soz.) Mit verlässlichen sozialen und nationalen Gedanken kann man der besten Bahn einzig und allein entgegenzehen. Die christlichen Arbeiter wünschen ein besseres Arbeitsrecht, und ungehindertes Koalitionsrecht und Arbeiterkammern. Diese berechtigten Wünsche sollte man ihnen doch erfüllen! Partei und Gewerkschaftsbewegung sei eins. Sie (zu den Soz.) sind religionsfeindlich. (Lachen bei den Soz.) Uns scheiden von ihnen unter fittlichen, christlichen Ideen. (Lachen bei den Soz., Beifall rechts.)

Abg. v. v. Fettes (Ztr.) polemisiert gegen frühere Ausführungen des Abg. Stadthagen, der nach ihm zugegangenen Mitteilungen über den Bauernausstand in Mecklenburg Unwahrheit behauptet habe.

Nach einer weiteren Rede des Abg. Weitz (Soz.) wird die Weiterberatung auf Dienstag 1 Uhr vertagt. (Schluß nach 6 Uhr.)

Die Generalversammlung des Bundes der Landwirte in Berlin

wurde am Montag von Dr. v. Noeide mit einer Ansprache eröffnet, worin Redner betonte, daß eine feste Organisation der Landwirtschaft sich als immer notwendiger erweise. Redner dankte dem Reichsanwalt und dem Landwirtschaftsminister, daß sie trotz der vielen Angriffe, die gegen sie besonders in der Frage der Haftversicherung gerichtet seien, in richtiger Erkenntnis der Verhältnisse für die Landwirtschaft eingetreten seien. Dr. Noeide schloß mit einem Gedächtnis an den Kaiser und die deutschen Fürsten. Sodann begrüßte Freiherr v. Wangenheim in dankbarer Weise die Stellung der Landwirtschaft in der Regierungsgeschichte im letzten Jahre. Redner dankte dem Reichsanwalt, daß er die irreführende Arbeiterschaft hat davon überzeugt wurde, daß nur eine wirtschaftlich starke Landwirtschaft die dauernde und lohnende Arbeit geben könne. Anzuerkennen sei auch der Mut der freien Städte, die sich ein Wahlrecht geschaffen hätten, das sie gegen die Unzufriedenheit schütze. Die Grube der drittgrößten Landwirtschaft übertrug Ritter von Söcheren, indem er

Main table containing various stock market listings, including sections for 'Dtsch. Fonds-St.-Pap.', 'Eisenb.-Stamm-Aktien', 'Ausl. Fonds u. Pfandbr.', 'Schiffahrts-Aktien', 'Eisenb.-Präm.-Oblig.', and 'Oblig.-ind. Gesellsch.'. Each section lists numerous securities with their respective prices and market status.

